



KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

INHALT

ABSTIMMUNGEN	2
KANTON ZÜRICH	4
AUS DER REGION	6
GRÜNE STADT ZÜRICH	8
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Ende August durften wir von Marionna Schlatter das kantonale Parteipräsidium übernehmen. Herzlichen Dank für euer Vertrauen, und herzlichen Dank für Marionnas gute Arbeit! Wir übernehmen eine starke und gesunde Partei, die wir gemeinsam mit euch zu neuen Höhepunkten führen möchten. Wir freuen uns auf die bevorstehenden Herausforderungen. Die GRÜNEN sollen in Klima- und Umweltfragen unverändert die führende Kraft sein. Dafür müssen wir weiterhin unseren Grünen Regierungsrat Martin Neukom tatkräftig unterstützen und in der Kantonsratsfraktion Vollgas geben. Politik spielt sich jedoch nicht nur in Institutionen ab. Die Arbeit von Grünen Mitgliedern vor Ort ist enorm wichtig. Um dies zu fördern, streben wir unter anderem mehr Vernetzung an, damit praktische Erfahrungen, aber auch Freud und Leid, geteilt werden können.

Im Zeichen der Coronakrise müssen wir ausserdem aufzeigen, dass Grüne Anliegen kein Luxus sind, den man sich nur in

wirtschaftlich guten Zeiten leistet. Die Schwächen unseres Systems wurden deutlich aufgezeigt. Nun gilt es mit dem Green New Deal einen umwelt- und sozialverträglichen Wiederaufbau zu gewährleisten. Die Krise ist eine Gelegenheit innezuhalten und zu überlegen, wo wir als Gesellschaft hinwollen. Staatliche Hilfe soll nicht einfach rückwärts gerichtet den vorherigen Zustand wiederherstellen, sondern in eine nachhaltige Zukunft führen. Von einem resilienten Wirtschaftssystem, das weniger krisenanfällig ist, profitieren alle.

Wenige Wochen nach der Wahl in das Co-Präsidium sind unsere Pendenzenlisten also bereits gut gefüllt, von grossen strategischen Themen bis zu konkreter Sitzungsplanung. Die Arbeit wird den GRÜNEN so schnell nicht ausgehen, und wir freuen uns darauf, die anstehenden Aufgaben mit euch zu meistern.

■ Selma L'Orange Seigo & Simon Meyer,
Co-Präsidium Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Die Abstimmungen vom 29. November stehen ganz im Zeichen der globalen Solidarität. Sowohl die Kriegsgeschäfteinitiative als auch die Konzernverantwortungsinitiative greifen Grüne Kernanliegen auf (Seiten 2 und 3). Die Schweiz als bedeutender Finanzplatz und Standort zahlreicher multinationaler Konzerne soll ihre Verantwortung wahrnehmen und verbindliche Regeln festlegen. Sei dies bei Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung oder bei der Finanzierung von Kriegsmaterial. Auf einen erfolgreichen Abstimmungskampf!

Im Kanton Zürich arbeiten wir weiterhin mit Hochdruck an einer klimaverträglichen Mobilitätswende. So setzen wir uns z.B. im Kantonsrat für eine stärkere internationale Zugsanbindung und für eine Ausweitung des Nachtzugangebotes ein (Seite 4).

Auch auf lokaler Ebene zeigen wir GRÜNE mit vielen engagierten Aktiven Präsenz: Mit Volksinitiativen, Aktionen und Veranstaltungen. Auf den Seiten 6 und 7 wird über Neuigkeiten aus den Sektionen im Kanton Zürich berichtet.

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

PAROLENSPIEGEL**29. NOVEMBER 2020****Eidgenössische Vorlagen**

- JA*** Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt»
- JA*** Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

* Parole im Vorstand gefasst

> gruene-zh.ch/abstimmungen

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR KRIEGSGESCHÄFTE

Wir leben in Zeiten der Aufrüstung. Das Kriegsgeschäft boomt. Die Schweiz verdient zurzeit so viel Geld mit Rüstungsexporten wie noch nie. So leisten wir unseren Teil zur weltweiten Aufrüstungsspirale, indem wir jedes Jahr Kriegsmaterial für hunderte Millionen exportieren. Aber es sind nicht nur die Rüstungsexporte, die neutralitätstechnisch fragwürdig sind, sondern auch die indirekte Finanzierung von Kriegsmaterialproduzent*innen.

Laut dem Bericht «Don't bank on the bomb» der Friedensnobelpreis- ausgezeichneten NGO ICAN investierten CS, UBS und die Nationalbank zwischen 2017 und 2019 fast 9 Milliarden Franken in Hersteller von Atomwaffen. Dies dank einer Gesetzeslücke, die es Investoren erlaubt, indirekt in Firmen zu investieren, bei denen eine direkte Finanzierung verboten wäre.

Neutralitätsprinzip wird untergraben

Unsere Neutralität ächzt unter den Widersprüchen. Wir setzen uns ein für atomare Abrüstung und bezahlen gleichzeitig Firmen, die Atombomben

bauen. Wir ächten Massenvernichtungswaffen und finanzieren gleichzeitig deren Herstellung. Auch die Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge investieren in Kriegsmaterialproduzenten. Es ist unser Volksvermögen, unser Geld, das Konflikte anheizt und die Kriege dieser Welt mitfinanziert. Das muss aufhören!

Finanzplatz Schweiz muss Verantwortung übernehmen

Die Schweiz hat eine besondere Rolle. Wir haben einen der grössten Finanzplätze weltweit. Rund 25 Prozent des gesamten Privatvermögens der Welt werden in der Schweiz verwaltet. Die Schweiz muss – auch hier – endlich mehr Verantwortung übernehmen. #HaltungZeigen.

Die Kriegsgeschäfte-Initiative wurde von den Jungen Grünen und der GSoA lanciert und wird von einem breiten Bündnis von 40 Organisationen und Parteien getragen.

■ **Marionna Schlatter, Nationalrätin**

JA ZU MEHR KONZERNVERANTWORTUNG

Die Konzernverantwortungsinitiative verpflichtet Konzerne mit Sitz in der Schweiz, die Menschenrechte nicht zu verletzen und die Umwelt nicht zu zerstören. Damit sich alle Konzerne an das neue Gesetz halten, sollen Verstösse in Zukunft Konsequenzen haben.

Konzerne sollen künftig für Menschenrechtsverletzungen geradestehen, welche sie oder ihre Tochterfirmen verursachen. Ausgenommen sind KMU bis 250 Mitarbeiter*innen, ausser sie sind in Hochrisiko-Sektoren, wie zum Beispiel dem Goldhandel, tätig.

Konzerne sollen bei Verstössen haften

Wenn Konzerne auf Kinderarbeit setzen, Flüsse verschmutzen oder sonst die Menschenrechte verletzen, dann sollen sie dafür geradestehen. Sie würden nach einem JA zur Initiative für solche Vergehen, die sie oder ihre Tochterfirmen verursachen, haften. Menschen, die im Ausland von Konzernen geschädigt wurden, könnten zur Durchsetzung ihrer Rechte in der Schweiz eine Zivilklage einreichen.

Fadenscheinige Argumente der Gegner

Die Gegner der Initiative behaupten, dass damit der Willkür Tür und Tor geöffnet würde. Eine faule Ausrede. Denn bei einer Klage müssen zuerst die Ge-

schädigten ihren Schaden belegen können. Und sie müssen aufzeigen, dass er im ursächlichen Zusammenhang mit der Geschäftstätigkeit des Konzerns steht. Und selbst wenn dies bewiesen ist, haben die Konzerne immer noch die Möglichkeit, sich aus der Affäre zu ziehen, indem sie nachweisen, dass sie die nötige Sorgfalt walten liessen. Die Konzernverantwortungsinitiative ist offensichtlich massvoll. Firmen, welche verantwortlich wirtschaften, sind nicht bedroht.

Packen wir die Chance

Mit unserem JA zur Initiative sorgen wir aber endlich dafür, dass dubiose Multis mit Schweizer Sitz nicht länger den Profit höher gewichten dürfen als den Schutz von Menschen und Umwelt. So wie dies in anderen europäischen Ländern bereits jetzt schon gilt.

■ Balthasar Glättli, Präsident Grüne Schweiz

EINE GELUNGENE KAMPAGNE

Schon jetzt lässt sich zur Ja-Kampagne für die Konzernverantwortungsinitiative sagen: Sie ist in ihrer organisatorischen Breite beispiellos. Aktuell kämpfen mehr als 6'000 Personen aktiv in über 400 Lokalkomitees für die Konzernverantwortungsinitiative. Aus den ursprünglich 60 Organisationen sind mehr als 130 geworden. Auch wir GRÜNE unterstützen selbstverständlich die Initiative.

Von den lokalen Gruppen werden z.B. Filmabende organisiert mit Inputs von Referent*innen von Public Eye. Zuvor wurden lokale Komitees gegründet und Workshops durchgeführt sowie eine noch nie dagewesene Menge von Fahnen verteilt. Ein Schwerpunkt der Kampagne liegt beim Wissenstransfer. Je besser alle Mitstreitenden mit konkreten Argumenten ausgestattet sind, desto eher können sie ihr privates Umfeld für die Initiative gewinnen.

Von den Erfahrungen der Kampagne können auch wir GRÜNE etwas mitnehmen, um künftig noch breiter und vielstimmiger für den Green New Deal einzutreten.

■ Simon Meyer, Co-Präsident Grüne Kanton Zürich



ZUG STATT FLUG

Seit Jahren engagiert sich der Kanton Zürich beim Flughafen und setzt alles daran, dass Zürich mit den europäischen Wirtschaftsräumen verbunden bleibt. In einer Motion verlangen wir GRÜNEN den Aufbau eines ähnlichen Engagements bei den Zugverbindungen. Die Wirtschaftsräume Brüssel, Amsterdam, London, Berlin, Warschau, Rom, Barcelona, Madrid, Prag, Kopenhagen, Stockholm usw. sollen durch direkte Züge, insbesondere Nachtzüge, verbunden werden.

Es ist absehbar, dass sowohl Corona als auch die Klimakrise mittel- und langfristige Auswirkungen auf das Reiseverhalten und die Verkehrsmittelwahl haben werden. Eine ökologische und klimafreundliche Ausrichtung des



grenzüberschreitenden Verkehrs muss daher auch vom Kanton Zürich angegangen werden. Als Standortkanton des mit Abstand meistfrequentierten Bahnhofs der Schweiz muss es im Interesse des Kantons Zürich liegen, die gute Lage im europäischen Schienennetz optimal zu nutzen und die Attraktivität der internationalen Anbindung des Wirtschaftsraums Zürich auf der Schiene sicherzustellen und zu verbessern.

Aufgrund der bisherigen Privilegien des Flugverkehrs (Befreiung von der Mehrwert- und der Mineralölsteuer) konnten Tickets zu künstlich geschaffenen tiefen Preisen angeboten werden, mit welchen der Schienenverkehr nicht konkurrenzieren konnte. Hier braucht es eine politische Weichenstellung. Die Ausdünnung der direkten Züge, insbesondere der Nachtzugverbindungen, muss rückgängig gemacht werden. Einen ähnlichen Vorstoss hat GRÜNEN-Nationalrätin Aline Trede auf Bundesebene eingereicht. Sowohl der Bundesrat als auch der Zürcher Regierungsrat sind bereit, die Vorstösse entgegenzunehmen.

■ Thomas Schweizer, Kantonsrat

EIN BESSERES LEBEN FÜR SANS-PAPIERS

Im Kanton Zürich leben Tausende von Sans-Papiers. Oft in prekären Lebenssituationen und ohne Perspektive für ein würdevolles Leben und für eine gesicherte Zukunft. Nun sollen gut integrierte Sans-Papiers im Kanton Zürich einen geregelten Aufenthalt bekommen – mit allen Rechten und Pflichten.

Zwischen 14'000 und 25'000 Sans-Papiers leben im Kanton Zürich. Sie arbeiten meist in Privathaushalten, auf dem Bau und im Gastgewerbe. Es gibt keinen Vertrag, sie verdienen wenig und können, wie in der Coronakrise, ohne Schutz auf die Strasse gestellt werden. Ihre Kinder werden in der Volksschule aktuell zwar geduldet, aber sie haben keine Aussicht auf eine gute Ausbildung.

Die wirtschaftliche Not und Perspektivlosigkeit im Heimatland treiben viele Menschen in die reicheren Länder und sie zahlen dafür einen hohen Preis. Soziale Sicherheit, eine gute Bildung und Gesundheitsversorgung, Schutz vor Gewalt und Ausbeutung und letzt-

lich die Teilhabe an der Gesellschaft ist Menschen ohne geregelten Aufenthalt verwehrt. Zahlreiche Arbeitgeber in der Schweiz sind gerne bereit, Schwarzarbeit zu vergeben und somit grössere Profite einzustreichen.

Integration mit allen Rechten und Pflichten

Mit einem Vorstoss im Kantonsrat fordern wir GRÜNE mit Unterstützung der SP, GLP und AL, dass gut integrierte Sans-Papiers einen geregelten Aufenthalt bekommen sollen. Ziel ist eine Integration mit allen Rechten und Pflichten und die Eindämmung der Schwarzarbeit. Dies vorerst mit einem Pilotversuch, der sich an die erfolgrei-



che Genfer Aktion «Opération Papyrus» anlehnt. Eine weitere unwürdige Episode in der Migrationspolitik soll zu Ende gehen.

■ Silvia Rigoni, Kantonsrätin

NEUGESTALTUNG DES ZÜRCHER KASERNENAREALS

WIEDER AUF KURS DANK GRÜNER ZUSAMMENARBEIT

Die Umgestaltung des Zürcher Kasernenareals gehört zu den grossen gemeinsamen Projekten von Stadt und Kanton. Anfang 2019 kam es mit der Ablehnung des Masterplans im Kantonsrat zum abrupten Stillstand des Vorhabens. Den Stein ins Rollen brachten Regierungsrat Martin Neukom und Stadtrat Daniel Leupi, die das Projekt als «grünes Tandem» federführend begleiten, mit der Entscheidung, den Deal für das Kasernenareal wieder zur Diskussion zu bringen. Der Regierungsrat legte die identische Vorlage nochmals dem Kantonsrat vor und dieser stimmte ihr Ende August im zweiten Anlauf zu. Im Gespräch legen beide dar, wie der Durchbruch gelungen ist.

Die Neugestaltung des Kasernenareals ist vor allem geprägt von jahrelangen, zähen Verhandlungen. Wie kam es jetzt so schnell zur «neuen alten» Lösung?

M.: Über die Neunutzung des Kasernenareals wird schon seit 1975 diskutiert. Der eigentliche Durchbruch gelang mit dem Masterplan vor 7 Jahren. Stadt und Kanton arbeiteten zusammen und die Wohnbevölkerung wurde einbezogen. Die Lösung finde ich nach wie vor gut. Darum habe ich dem Regierungsrat die identische Neuauflage vorgelegt. Weil damit keine Neuverhandlungen stattfinden mussten, ging das am schnellsten.

D.: Mit dem Masterplan Kasernenareal haben Stadt und Kanton eine Vision: Das jahrzehntealte Versprechen soll endlich umgesetzt werden und ein lebendiger Erholungs-, Begegnungs- und Arbeitsort für die Bevölkerung entstehen. Wir haben nach dem Nein des Kantonsrats verschiedene Möglichkeiten geprüft: Die Neuauflage der Vorlage war die am schnellsten umsetzbare Variante.

Noch im Herbst letzten Jahres brachte der Stadtrat den Kauf der Zeughäuser und Kasernenwiese ins Spiel. Warum dann wieder die Kehrtwende hin zum alten Kompromiss?

D.: Der Stadtrat war nach dem schroffen Nein des Kantonsrats offen, auch für eine Übernahme des Areals. Zudem hatten wir zwei Motionen aus dem Gemeinderat. Auch der Regierungsrat schloss einen Verkauf nicht aus. Ich brachte statt einem Verkauf, Verhandlungen über ein zusätzliches Baurecht der Stadt für die Polizeikaserne ins Spiel. Darauf gingen Martin und dann der Regierungsrat ein.

M.: Der Regierungsrat hat einen Verkauf nicht per se ausgeschlossen, aktuell hat der Kanton aber kein Interesse daran, das Areal zu verkaufen. Die Abgabe im Baurecht für 50 Jahre ist eine gute Option, finde ich. Es kommt hinzu, dass sich die Gebäude in einem schlechten baulichen Zustand befinden, weil der Kanton seit Jahrzehnten nicht mehr in die Sanierung der Zeughäuser investiert hat. Das hätte bei einem Kauf auch berücksich-

tigt werden müssen.

Wie geht es jetzt weiter nach der Zustimmung des Kantonsrates?

D.: Der Stadtrat arbeitet nun zuhänden des Gemeinderats den Objektkredit für das Sanierungsprojekt aus (für 2024 geplant). Zuvor wird ein Architekturwettbewerb durchgeführt. Die Volksabstimmung dazu findet voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 statt. Die Verhandlungen zum Baurecht der Polizeikaserne sind noch im Gange.

M.: Wenn die Abstimmung zum städtischen Objektkredit für das Sanierungsprojekt erfolgt ist, tritt der Baurechtsvertrag in Kraft. Der Kanton beteiligt sich mit 30 Mio. Franken an den Sanierungskosten der Stadt.

Wie hilfreich ist es, dass das Projekt nun sozusagen unter grün-grüner Federführung begleitet wird?

M.: Wir arbeiten gut zusammen, das hat sicher geholfen. Meiner Erfahrung nach ist jedoch die Parteizugehörigkeit in der Exekutive weniger relevant als im Parlament.



Martin Neukom (l.) und Daniel Leupi (r.)

D.: Die grün-grüne Federführung hilft, weil wir in vielen Punkten ähnlich denken, z.B. bei der Energieeffizienz oder der finanziellen Lösung für das Areal. Letztlich sind wir aber beide Teil eines Gesamtgremiums.

■ Das Gespräch führte Steven Goldbach, Geschäftsführer Grüne Kanton Zürich

SCHLIEREN

BEGEGNUNGSZONE AM BAHNHOF

Vor drei Jahren wurde eine stadträtliche Vorlage zu einer Begegnungszone im Bereich Bahnhof Schlieren durch das Parlament so abgeändert, dass man diese ebenso gut weglassen könnte. Dies akzeptierten wir nicht. Zusammen mit der SP und der GLP lancierten wir GRÜNE die Volksinitiative «Begegnungszone im Bahnhofbereich».

Die gesetzlichen Bestimmungen zu einer Begegnungszone sind schnell und einfach erklärt:

- Fussgängervortritt,
- Höchstgeschwindigkeit 20 km/h,
- Parkverbot ausserhalb markierter Felder.

Mehr Sicherheit, mehr Lebensqualität

Diese Bestimmungen führen zu einem erheblichen Plus an Lebensqualität. In diesen Zonen ist mehr Platz zum Veweilen, für Bäume und Strassencafés. Sie machen die Strassen sicherer für alle und sind ein Ort des Zusammenseins. Die Vorstellung, dass die Strassen anstatt nur befahren, belebt werden sollen, ist beglückend.

Stadtrat unterstützt die Initiative

Anfang Juli hat der Schlieremer Stadtrat beschlossen, die Initiative zu unterstützen.

Die Bürgerlichen bekämpfen die Begegnungszone mit einer eigenen Initiative, welche die heutige Situation für Fussgänger*innen sogar noch verschlechtern würde.

Der Termin für die Abstimmung steht noch nicht fest.

> www.begegnungszone-schlieren.ch

■ Laura Zangger, Präsidentin Grüne Schlieren

WÄDENSWIL

VELOBÖRSE

In diesem Jahr stand auch die Velobörse der Grünen Wädenswil unter speziellem Vorzeichen: Im April abgesagt und erst im Juni abgehalten, aber trotz Regen am Morgen von vielen dankbaren Leuten besucht, die (endlich!) doch noch ein neues Velo ergattern konnten. Man merkte: Fahrräder sind gefragt wie nie, so kann man sich virensicher fortbewegen und erst noch Spass haben.

Neben vielen Kinder- und Erwachsenenvelos wurden auf dem Eidmatt-Platz auch ein knallrotes Tandem und einige E-Bikes angeboten, sodass die meisten etwas Passendes fanden.

Die Bilanz um zwölf Uhr durfte sich sehen lassen: 65 Velos verkauft, 30 weitere an die Rumänienhilfe gespendet und viele zufriedene Gesichter. Das Corona-Wagnis hat sich gelohnt!

■ Rita Hug, Grüne Wädenswil



DORFBLÄTTER

UNBEMERKT AUFGEKAUFT

Dass das Tagblatt der Stadt Zürich seit Kurzem Christoph Blocher gehört, ist mittlerweile Teil des Allgemeinwissens. Dübendorf ist nicht Zürich. Dass unser Amtsblatt wegen eines Vorstosses der SVP neu ausgeschrieben wird, erzeugt nicht mal vor Ort ein grosses Echo. Sollte es aber. Seit 2019 kurz hintereinander die Amtsblätter unserer Nachbargemeinden Volketswil und Wallisellen den Besitzer wechselten, sind wir nämlich die letzte Stadt des Glatttals, deren Amtsblatt nicht von der Lokalinfo herausgegeben wird.

Die Lokalinfo gehört Walter Frey, einem alten Weggefährten von Christoph Blocher. Doch während Blocher die Haushalte des Unterlandes und der Region Winterthur flächendeckend mit seinen Zeitungen beliefert, ist Freys Medien-Imperium ein Flickenteppich aus Amtsblättern von Zürcher Kleinstädten. Indoktrinierung braucht man von diesen Zeitungen nicht zu fürchten: Sie sind unpolitisch und überhaupt uninteressant.



Das Problem ist, dass die Amtsblattfunktion für echte Lokalzeitungen eine wichtige Einnahmequelle darstellt. Fallen diese Einnahmen an die Lokalinfo,

droht dieser echte Lokaljournalismus zu verstummen. Es wird dann sehr viel schwieriger, übermütigen Dorfkönigen auf die Finger zu klopfen. Diese Vorstellung beunruhigt mich. Dorfkönige haben wir in Dübendorf nämlich reichlich.

■ David Siems, Präsident Grüne Dübendorf

WETZIKON

JA ZUR FERNWÄRME

Eingereicht wurde die «Fernwärmeinitiative», die erste Volksinitiative in der Wetziker Geschichte, als Maturaarbeit. Am 29. November 2020 stimmen wir über einen Gegenvorschlag ab, den das Parlament einstimmig annahm.

Durch die Verbrennung von jährlich 190'000 Tonnen Abfall entsteht in Hinwil viel Wärme. Diese Energie verpufft zu einem grossen Teil ungenutzt in die Luft. Das muss nicht sein: Dank einer Fernwärmeleitung kann Wetzikon über viele Jahrzehnte von dieser Gratis-Energie profitieren. So senken wir auf

sehr günstige Weise den CO₂-Ausstoss und schützen unser Klima. Nutzen wir diese «Wärme aus der Region». Damit benötigen wir weniger Gasimporte aus dem Ausland. Unser Geld bleibt in der Schweiz und schafft mit dem Bau des Fernwärmenetzes viele neue Arbeitsplätze.

Deshalb braucht es den Gegenvorschlag zur Fernwärmeinitiative:

- Über 75% der KEZO-Abwärme verpuffen ungenutzt in die Luft
- Mit der verpufften KEZO-Abwärme könnte ganz Wetzikon mit Fernwärme versorgt werden
- Energie aus Abfall ist günstiger als Öl oder Gas
- Das Fernwärmenetz kann ohne einen Steuerfranken gebaut werden
- Fernwärme ist die günstigste Art der CO₂-Vermeidung
- Fernwärme macht uns unabhängiger vom Ausland



Weitere Informationen unter:
> www.fernwaerme-ja.ch

■ Benjamin Walder, Grüne Wetzikon

EINE FRAGE DER RECHTSSTAATLICHKEIT

BEWILLIGUNGSPFLICHT FÜR DEMOS ABSCHAFFEN

Die bürgerlichen Parteien in der Stadt Zürich erklären jede Demonstration, bei welcher das Bewilligungsformular vergessen ging, für illegal. Das ist rechtlich falsch und für eine vermeintliche Vorzeigedemokratie fragwürdig. Die Grünen Stadt Zürich wollen diesen alten Zopf abschneiden.

Die Empfehlung des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) ist klar: um das Grundrecht auf freie Versammlung und Meinungsäusserung zu stärken, sollte in der Schweiz die Bewilligungspflicht für Demonstrationen durch ein Meldeverfahren ersetzt werden. Dies ergab eine Studie, welche das SKMR 2014 im Auftrag des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erarbeitet hat. Diese Empfehlung ist nichts als logisch, werden diese Rechte in der Schweiz doch durch Art. 16 und Art. 22 der Bundesverfassung (BV) garantiert. Hinzu kommen auf internationaler Ebene Art. 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und Art. 21 des UNO-Paktes II. An die Einschränkung dieser Rechte müssen hohe rechtliche Anforderungen gestellt werden. Das blosse Fehlen eines Bewilligungsformulars reicht dafür nicht. Als GRÜNE ist dies für uns eine Selbstverständlichkeit.

Bürgerlicher Zick-Zack-Kurs

Ganz anders die Diskussionen im Zürcher Stadtparlament. Seit einigen Monaten sorgen Demonstrationen regelmässig für heftige Diskussionen. Im Zentrum stehen dabei aber nicht politische Fragen, wie in der Stadt Zürich beispielsweise die Forderungen der Klimastreik- oder «Black Lives Matter»-Kundgebungen umgesetzt werden sollen, sondern formalistische Einwände über die Einhaltung der Bewilligungspflicht und deren Auslegung. Spannend ist dabei die Haltung der bürgerlichen Parteien. Noch vor den Sommerferien forderten sie vom Stadtrat jede nicht bewilligte Demonstration sofort und wenn nötig mit repressiven Mitteln aufzulösen. Die Kehrtwende folgte nach den Ferien, als die Stadtpolizei den «Marsch fürs Leben»



aus Sicherheitsbedenken nicht, wie auf dem Bewilligungsformular eingereicht, bewilligen wollte. Plötzlich stören sich die Bürgerlichen daran, dass die Bewilligungspflicht überhaupt Anwendung findet. Es wurde der Vorwurf laut, dass in Zürich nur linke Demonstrationen geduldet würden.

Bewilligungspflicht darf Grundrechte nicht aushebeln

Dabei sollte eines klar sein: Wer seine Meinung öffentlich kundtun will, muss dies zu Recht nicht zuerst vom Staat absegnen lassen. Wer sich zu diesem Zweck versammeln will, darf das. Weil die Beanspruchung des öffentlichen Grundes jedoch eine Form von gesteigertem Gemeingebrauch darstellt, ist sie grundsätzlich bewilligungspflichtig. Dabei muss die Bewilligungsbehörde verschiedene öffentliche Interessen, aber auch grund- und verwaltungsrechtliche Fragen klären. Dennoch bleibt das Einholen einer Bewilligung ein rein bürokratischer Akt, welcher die vorgenannten Grundrechte nicht einfach auszuhebeln vermag. Wer also aus der Bewilligungspflicht den Umkehrschluss macht, dass eine nicht

bewilligte Kundgebung automatisch illegal ist, liegt falsch. Wenn die Bewilligungspflicht jedoch politisch dazu missbraucht wird, unliebsame Demonstrationen verhindern zu versuchen, gehört sie abgeschafft und die städtischen Verordnungen entsprechend justiert.

Meldeverfahren statt Bewilligungspflicht

In einer Motion fordern die GRÜNEN darum zusammen mit der AL, die Bewilligungspflicht durch ein Meldeverfahren zu ersetzen. Wer eine grosse Kundgebung organisiert, hat durchaus ein Interesse, diese mit den Behörden abzusprechen. Wer das unterlässt, darf aber nicht automatisch zur Zielscheibe eines riesigen Polizeieinsatzes werden. Das Verhältnismässigkeitsprinzip sowie die Grundrechte müssen auch in jedem Fall gewahrt bleiben.

■ Luca Maggi, Gemeinderat & Vizepräsident Grüne Stadt Zürich

ZÜRI NORD: ZUKUNFTSGERICHTETE QUARTIERENTWICKLUNG

Das Areal Thurgauerstrasse ist eine der letzten Baulandreserven der Stadt Zürich. Ein 700 Meter langes schmales Baugrundstück eingepackt zwischen der vierspurigen Thurgauerstrasse und einer kleinstrukturierten Einfamilienhausansammlung am SBB-Gleisfeld. Durch die Geometrie des Grundstücks, die Lage, die bestehende Lärmbelastung sowie auch durch die direkte Nachbarschaft zu kleinräumiger Bebauung sind viele Anforderungen an eine Überbauung gestellt.

Entsprechend wurde eine Gestaltungsplanpflicht auferlegt mit dem Ziel «einen neuen, lebendigen und gut durchmischten Quartierteil in Leutschenbach bereit zu stellen». Diesem Ziel stimmen wir GRÜNE durchaus zu. Wir sind uns auch einig, dass die Stadt mehr Wohnraum braucht, insbesondere gemeinnützigen. Nur das Resultat bleibt in vielen Bereichen ungenügend. Trotz unzähligen Versuchen von SVP bis SP, den Gestaltungsplan zurecht zu biegen, bleibt er letztendlich ein unbefriedigendes Flickwerk.

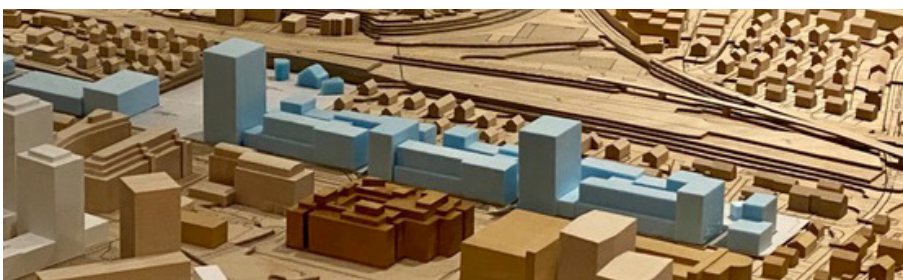
Durch die Initiative der Nachbarschaft, wie auch den frühzeitigen Einbezug von möglichen Bauherren, wäre ein Neustart für eine echte kooperative Planung möglich. Der Klimawandel zwingt zu einer vorausschauenden Stadtentwicklung, Hitzeminderung nicht als nachgeordnete Massnahme zu denken, sondern geradezu eigentliche Cool-Spots zu bauen. Gerade in grossen Verdichtungsprojekten in belasteten Gebieten wie Zürich Nord.

Dazu bräuchte es ein Zusammenspiel verschiedener Departemente und Instrumente, aufgeschlossene Planer, Bauherren und Nutzer. Es bräuchte den Willen, ein Modell für klimaökologisches, sozialverträgliches, verdichtetes Bauen zu gestalten und kooperativ umzusetzen und nicht nur einigermaßen akzeptable Wohnbehältnisse für das Plansoll zu schaffen. Will die Stadt Zürich wirklich eine Vorbildfunktion einnehmen und gleichzeitig auch Dritte sensibilisieren und unterstützen (Umsetzungsagenda 2020-2023 zur Fachplanung Hitzeminderung), dann ist mehr gefordert. Das bedeutet architektonisch überzeugende Antworten zu finden. Antworten, die eine erfolgreiche Quartierentwicklung begünstigen:

- Die Lösung von Spannungsfeldern zwischen kleinräumiger Nachbarschaft und grossmassstäblicher Bebauung.
- Die Klärung des Bedarfs an Dienstleistungs- und Infrastrukturanteilen und deren richtige Platzierung. Die Sicherung von ausreichender grüner Infrastruktur, auch hinsichtlich zwingender Klimaanpassungsmassnahmen, als Hitzevorsorge. Letztlich auch verkehrstechnische Massnahmen zur Reduktion des Strassenlärms.

Mit dem Referendum gegen den Gestaltungsplan soll dieser Weg geöffnet werden. Ausserdem bietet sich auch die Chance, vom Modus des verdriesslichen Murkses zu einem zukunftstauglichen Vorbildmodus zu wechseln.

■ Gabi Kisker, Architektin & Gemeinderätin Stadt Zürich



...so nicht.

MEHR BEWEGUNG FÜR ALLE

Die Stadtzürcher*innen entscheiden darüber, ob der Eintritt in die Badis künftig kostenlos wird und Sportvereine von Gebühren befreit werden. Der Gegenvorschlag zur Sportstadt-Initiative ermöglicht, dass niemand aufgrund seiner finanziellen Verhältnisse vom Sporttreiben oder Badeplausch ausgeschlossen wird.

Was wir gewinnen

Wenn wir uns im Alltag häufig bewegen, Sport treiben oder uns auch einfach zur Erholung in der Badi aufhalten, halten wir uns nicht nur fit, sondern haben auch mehr Lebensfreude. In diesem Sinne erscheint es erstrebenswert, wenn wir in der Freizeit Aktivitäten nachgehen können, die uns gesund halten und Freude bereiten. Damit gewinnen wir auch viel Lebensqualität.

Mit dem Gegenvorschlag zur Sportstadt-Initiative können wir den Zugang zu solchen Angeboten für Kinder und Jugendliche bis 20 wie auch für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen kostenlos machen. Auch Sportvereine der Stadt Zürich können ihre Angebote günstiger anbieten. Für sie entfallen die Gebühren für die Benutzung der Sportanlagen. Damit wird der Vereinssport weiter gestärkt.

Aktiver Beitrag zur Sportförderung

Der Gegenvorschlag zur Sportstadt-Initiative schafft ein bewegungsfreundliches Umfeld und leistet einen aktiven Beitrag zur Sportförderung in der Stadt. Dies bringt uns allen mehr Lebensqualität. Schliesslich soll der Sprung ins erfrischende Nass in der Badi für eine vierköpfige Familie nicht gleich 32 Franken kosten, sondern für alle gleichermaßen zugänglich sein.

■ Urs Riklin, Gemeinderat Stadt Zürich

EXPERTENGESPRÄCH ZUR TRINKWASSER-INITIATIVE

Die Trinkwasser-Initiative war bei den Grünen Winterthur zu Gast. Wir hatten zu einem Podium mit Expert*innen eingeladen und es waren gegen 30 interessierte Leute gekommen. Viele davon, die wir zuvor nicht kannten.

Das Thema bewegt die Menschen, Trinkwasser geht uns schliesslich alle direkt und unmittelbar an. Dass dieser Tage im Parlament in Bern neue Vorschläge als mögliche «Gegenentwürfe» zur Initiative auf den Tisch gelegt und in den Medien breit diskutiert wurden, war sicher auch ein Grund, weshalb das Echo für den Anlass gut war. Möglicherweise noch mehr hatte dazu aber beigetragen, dass der Kanton Zürich wenige Tage zuvor deutlich dramatischere Zahlen zur Grund- und Trinkwasserbelastung veröffentlichte, als dies noch im Frühling der Fall war. Hiess es damals, dass nur 20 von 162 Gemeinden von einer Grenzwertüberschreitung beim hochtoxischen Pestizid Chlorothalonil betroffen seien, lag der Wert nun mit 62 Gemeinden deutlich höher. Rund 20% der Bevölkerung sind bereits von den Auswirkungen des übermässigen Pestizideinsatzes betroffen.

Brennpunkt Fleischproduktion

Franziska Herren (Initiantin) gelang es in einem ausgezeichneten Referat, die Probleme der aktuellen Landwirtschaftspolitik in einen grösseren Zusammenhang zu stellen. Grenzwertüberschreitungen von Pestizidrückständen in Grund- und Trinkwasser sind dabei nur eines von zahlreichen Übeln. Ein weiteres ist der Fakt, dass zur inländischen Fleischproduktion Unmengen an Kraftfutter importiert werden müssen. Gemeinsam mit einem massiven Antibiotikaeinsatz führt dies zu rund dem Doppelten an erzeugtem Fleisch, als der Boden (Grasland) eigentlich hergäbe. Dies wiederum ist die Ursache von viel zu viel Dünger, der

anschliessend auf die vorhandenen Böden ausgetragen wird. Dort werden dadurch ad infinitum Stickstoffüberschüsse produziert und damit schliesslich weit über den Grenzwerten liegende Ammoniakbelastungen in Böden, Luft und Gewässern ausgelöst. Nicht zu reden von den Methanemissionen, welche die Tiere selbst produzieren und damit das Klimaziel für die Landwirtschaft in weite Ferne rücken lassen. Das ist alles nicht nachhaltig und wird heute mittels fehlgeleiteter Milliarden-Subventionen an die Landwirtschaft unterstützt. Hinzu kommt – insbesondere beim Fleisch – ein enormer Foodwaste von bis zu 30%. Würde dieser reduziert und würden Konsumenten stattdessen pflanzliche Alternativen



wie z.B. Bohnen kaufen, so wäre ohne einen Franken zusätzliches Steuergeld eine gleichwertige Versorgung der Bevölkerung realisierbar. Wenn die Subventionen also statt in die Tierproduktion in den biologischen Gemüseanbau fliessen würden, so wären mit einem Schlag fast alle oben genannten Probleme vom Tisch!

Die Marktmacht der Grossverteiler

Ralph Hablützel (Biobauer) zeigte aus seiner eigenen Erfahrung einen Punkt auf, der bezüglich Pestizidbelastungen vollkommen schief läuft. Von den hiesigen Grossverteilern angebotene inländische Äpfel sind zu überwiegenderem Anteil von der Sorte Gala. Damit diese den Handels- und Konsumentenanforderungen genügen, müssen Unmengen an Herbiziden und Pestiziden gespritzt werden. Dabei gäbe es unzählige andere und robustere Sorten, die geschmacklich identisch sind und im biologischen Landbau mit einem Minimum bis fast gar nichts an Pflanzenschutzmitteln produziert werden könnten. Hablützels Versuch,

bei einem Grossverteiler einen Sortimentswechsel zu bewirken, scheiterte gegen die vorgeschobene Ausrede «Der Konsument wolle die Gala-Äpfel». Echt? Würde er das auch noch wollen, wenn auf jedem Apfel angeschrieben wäre, wie viel Giftstoffe dafür in die Natur gespritzt wurden?

Es braucht einen Systemwechsel

Ein Systemwechsel, wie ihn die Trinkwasser-Initiative fordert, ist unabdingbar. Statt Steuer-Milliarden für Futtermittel und Pestizide aus industrieller Produktion zu verpulvern, könnte mit dem gleichen Geld die lokale und umweltschonende Produktion unterstützt werden. Das Kostenargument der Gegnerschaft löst sich förmlich in Nichts auf.

■ Reto Diener, Gemeinderat und Co-Präsident Winterthur

BEI MIGRATIONSPOLITIK WERDE ICH LEIDENSCHAFTLICH

Joséphine Decking ist die neue Co-Präsidentin der Jungen Grünen Zürich. Sie ist 20 Jahre alt, studiert Maschinenbau an der ETH und fährt gerne Velo. Bei den Jungen Grünen war sie bisher insbesondere in der AG Migration aktiv.



Neues Co-Présidium für die Jungen Grünen Zürich: Delio Zanovello und Joséphine Decking an der letzten Mitgliederversammlung vom 11. September 2020.

Joséphine, seit wann interessierst du dich für Politik?

Mich hat Politik schon immer interessiert. Leider habe ich – wohl wie so viele – immer Respekt gehabt vor ihr. Ich hatte das Gefühl, ich könnte kaum einen Einfluss darauf haben. Für mich waren Politiker*innen eine Elite. Eines Tages habe ich mich gefragt: «Was, wenn es doch möglich wäre, Teil des Systems zu sein und meiner Stimme ein Sprachrohr zu geben?»

Was möchtest du als Co-Präsidentin bewegen?

Jungparteien sollten immer den Status Quo hinterfragen und kritisieren. Wir als Junge Grüne müssen von unserer Meinung überzeugen, dafür kämpfen und uns nicht einfach anpassen. Wir sollten auch Menschen ermöglichen, mehr Macht zu haben, die nicht gleich viel zu Wort kommen. Ich wünsche mir, dass wir wieder aktiver und lauter werden, Missstände erkennen und weiter an einer solidarischeren, ökolo-

gischeren und demokratischeren Welt arbeiten.

Welche Themen sind dir besonders wichtig?

Mir liegen eigentlich alle Themen vom Parteiprogramm der Jungen Grünen am Herzen. Was jetzt aber besonders wichtig ist, ist der Massnahmenplan für Netto-Null bis 2030. Themen, bei denen ich aber besonders leidenschaftlich werde, sind die Fahrradweg-Situation und die Migrationspolitik in Zürich.

Möchtest du auch für ein öffentliches Amt kandidieren?

Ja, ich würde gerne eines Tages für ein öffentliches Amt kandidieren. Denn mit Veränderungen, etwa auf der Gemeindeebene, kann mensch Grosses bewirken. Dieses Jahr werde ich mich aber auf das Co-Présidium konzentrieren und dort mein Bestes geben.

■ Interview: Gina Marti, Parteikoordinatorin Junge Grüne Zürich

PLASTIK-RECYCLING FÜR ZÜRICH

Dank des angelaufenen Pilot-Projektes zumindest in zwei Quartieren: Höngg und Schwamendingen. Diese Sammelstellen werden mit Plastik überschwemmt. Das Bedürfnis, den Plastikabfall recyceln zu können, ist riesig.

Das war schon Anfang 2018 klar, als die Jungen Grünen Zürich über 3'300 Unterschriften für die Petition «Plastik-Recycling für Züri» gesammelt haben. Bei den Unmengen an Plastikabfall, die produziert werden, muss man sich die Frage stellen, was man damit macht. Und da ist im Hinblick auf die grossen Mengen an CO₂, welche eingespart werden können, die Antwort klar: Recyceln statt verbrennen!

Nun braucht es die flächendeckende Lösung

Das ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag, den wir für Netto-Null CO₂-Emissionen bis 2030 leisten können. Von einem flächendeckenden Plastikrecycling in Zürich, wie wir es forderten, sind wir jetzt hoffentlich nicht mehr weit entfernt.

■ Selina Walgis, Gemeinderätin Stadt Zürich



Vor zwei Jahren machten sich die Jungen Grünen für umfassendes Plastik-Recycling stark – nun tragen die Aktionen von damals Früchte.

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

27. Oktober 2020, 19:30 Uhr
Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE STADT ZÜRICH

3. November 2020, 19:00 Uhr
Salon Vert
 Ort wird noch bekannt gegeben

4. November 2020, 19:00 Uhr
Plappero
 Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE WINTERTHUR

29. Oktober 2020, 19:30 Uhr
Ausserordentliche Jahresversammlung
 Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

5. Dezember 2020, 10:00-12:00 Uhr
Exkursion zum Nagra-Bohrplatz
 Treffpunkt: Parkplatz Nagra-Bohrplatz
 Hasliboden (8175 Windlach), Anmel-
 dungen erwünscht bis 30.11. unter
 wilma@swissonline.ch oder 044 858 19
 81 (Wilma Willi)

GRÜNE WALD

10. November 2020, 19:30 Uhr
GrüneWaldler Parteihöck
 Thema: «Freiheit durch weniger Kon-
 sum», Restaurant Schwert

GRÜNE USTER

21. November 2020
Grüner Ustertag: Trinkwasserinitiative

Stadthaus Uster (Gemeinderatssaal),
 Podiumsdiskussion mit Befürworter
 und Gegner der Initiative. Anschlies-
 send Apéro riche. Mehr Infos:
 [> www.gruene-uster.ch/events](http://www.gruene-uster.ch/events)

GRÜNE WETZIKON

19. Oktober 2020, 19:00 Uhr
**Vortrag zum Energiegesetz mit Martin
 Neukom**
 Kronensaal

28. Oktober 2020, 19:00 Uhr
Infoveranstaltung
 KEZO, Anmeldung erforderlich:
 [> www.gruene-wetzikon.ch](http://www.gruene-wetzikon.ch)

4. November 2020, 19:00 Uhr
**Buchpräsentation «Erfolgsfaktoren
 von Fernwärme»**
 Mit Matthias Gfeller, Bibliothek
 Wetzikon

18. November 2020, 19:00 Uhr
Infoveranstaltung
 KEZO,
 Anmeldung erforderlich:
 [> www.gruene-wetzikon.ch](http://www.gruene-wetzikon.ch)

29. November 2020, 12:00 Uhr
Abstimmungsfeier
 Gegenvorschlag zur Fernwärmeinitiati-
 ve, Alte Turnhalle Wetzikon

JUNGE GRÜNE

13. Oktober 2020
Stammtisch
 Ambosstrampe Zürich

3. November 2020
Vorstandssitzung

Ort wird noch bekannt gegeben

5. & 7. November 2020
Bildungsanlass Sexismus
 Klimakirche Zürich

10. November 2020
Stammtisch
 Ambosstrampe Zürich

13. November 2020
Mitgliederversammlung
 Ort wird noch bekannt gegeben

3. & 5. Dezember 2020
Bildungsanlass Queerfeindlichkeit
 Klimakirche Zürich

8. Dezember 2020
Vorstandssitzung
 Ort wird noch bekannt gegeben

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton
 Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint
 4x jährlich. Auflage: 3000 Ex. Redaktion &
 Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat
 Hess & Ulla Blume. An dieser Ausgabe haben
 mitgearbeitet: Selma L'Orange Seigo, Simon
 Meyer, Marionna Schlatter, Balthasar Glättli,
 Thomas Schweizer, Silvia Rigoni, Martin
 Neukom, Daniel Leupi, Laura Zangger, David
 Siems, Benjamin Walder, Luca Maggi, Gabi
 Kisker, Urs Riklin, Reto Diener, Gina Marti,
 Selina Walgis, Steven Goldbach; Bildnachwei-
 se: S. 3: RuRu_SG/Pixabay, S. 4: Beat Küng/
 flickr & Dot.ti/photocase, S. 7: mal/photocase
 & Stephan Mathez, S. 8: Sophie Kreutzberg,
 S. 9: Horst Eisterer, S. 10: PublicDomainPictu-
 res/pixabay. Druck: Ropress. Diese Zeitung
 ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt:
 FSC C010121.